



Freu dich Tirol :)

Die neue SPÖ Tirol ist da!



Freu dich Tirol :)
Dieses Programm
haben wir dir
zu bieten.



Freu dich Tirol :)

Dieses Programm haben wir dir zu bieten.

- 6 Politik? Darf man ändern.**
Prolog
- 10 Gute Politik nimmt alle mit.**
Der Effekt der frischen, neuen Politikkultur
- 17 Hilfe bekommt, wer Hilfe braucht.**
Soziales, Frauen, Pflege und Gesundheit
- 24 Jobs statt Versorgungsposten.**
Arbeit, Wirtschaft, Digitalisierung
- 31 Mit Wohnraum Lebensraum schaffen.**
Wohnen
- 36 Zugang zu Bildung. Für jeden. Und immer.**
Bildung
- 42 Endlich Mobilität und Umwelt vereinen.**
Verkehr, Energie, Ökologie und Umwelt
- 47 Weil es kein Tirol der zwei
Geschwindigkeiten geben darf.**
Gemeinden und ländlichen Raum stärken
- 52 Lebensqualität kann man schaffen.**
Sport, Kultur und Tourismus
- 58 Katastrophen vorbeugen:
Off- und Online!**
Sicherheit
- 64 Freie Bauern, gesunde Nahrung.**
Land- und Forstwirtschaft



Politik? Darf man ändern. Prolog

Warum ist diese Wahl so wichtig? Weil sie eine Richtungswahl für Tirol ist. Denn Du kannst jetzt mit Deiner Stimme zwei wichtige Entscheidungen auf einmal treffen:

Du kannst Dich jetzt gegen eine stockkonservative Männerclique entscheiden, die unser Tirol seit Jahren fest im Griff hat. Die viel ankündigt, aber nichts tut, weil sie ihre Pfründe schützen will. Die neue Ideen erstickt und dafür sorgt, dass Immobilienbesitzer immer reicher werden, aber für junge Familien das Wohnen unerschwinglich bleibt, dass die Täler gegenüber dem Zentralraum zurückbleiben, dass die obere Hälfte der Männereinkommen steigt, aber drei Viertel der Frauen von ihrem Einkommen kein gutes Leben führen können.

Und Du kannst Dich jetzt gegen eine auch in Tirol drohende schwarzblaue Koalition entscheiden, die das Land weiter spalten wird. Gegen eine Koalition, die Hetze und Respektlosigkeit salonfähig machen wird. Das brauchen wir in einem modernen Tirol nicht!

**Du darfst jetzt alles anders machen!
Mit Deiner Stimme.**

Entscheide Dich stattdessen für ein Politikkonzept, das alle mitnimmt – auch die Menschen in den Tälern, die Frauen, die jungen Familien und die SeniorInnen. Ein Politikkonzept, das alle Tiroler und Tirolerinnen wieder zusammenbringt. Entscheide Dich dafür, frischen Wind nach Tirol zu bringen. Entscheide Dich für eine Vitalisierung unseres Bundeslandes. Führen wir Projektmanagement in den Verwaltungen ein, räumen wir gemeinsam mit der alten Clique auf und verbinden wir die Täler mit dem Zentralraum, damit der Aufschwung überall ankommen kann.

Wenn Du Dich für die neue SPÖ Tirol entscheidest, entscheidest Du Dich auch für ein modernes, faires Tirol für alle.

Für ein gutes, respektvolles Miteinander in einem sozialen Bundesland, das jedem und jeder neue Möglichkeiten und eine neue Lebendigkeit bietet.

Für niedrigere Mieten, damit junge Familien entlastet werden und ihre Zukunft selbstbestimmt gestalten können.

Für höhere Einkommen für Frauen, um die Landflucht zu stoppen.

Für eine Politik für die Täler, damit diese wieder aufleben.

Sei Du die Veränderung, stimme für die Veränderung.

Ich freue mich auf Deinen Auftrag, eine echte Veränderung in unserem Bundesland managen zu dürfen. Für ein modernes Tirol für alle.

Deine



Elisabeth Blanik

**Freu dich Tirol :)
Die neue SPÖ Tirol ist da!**





Wir schaffen
die Hinterzimmer
ab.

Gute Politik nimmt alle mit.

Der Effekt der frischen, neuen Politikkultur

Politik soll endlich wieder im Landtag gemacht werden, nicht in irgendwelchen Hinterzimmern. Dort gehört sie nämlich einfach nicht hin. Wir verpassen unserem Parlament neue Lebendigkeit. Politik heißt für uns, dass ALLE mitreden können. Deshalb machen wir uns für mehr Teilhabe jedes und jeder Einzelnen am politischen Prozess stark und brechen aus den exklusiven Debattierclubs aus.

Moderne Zeiten brauchen neue Regierungsformen, eine dynamische Gesetzgebung und Freude an ernsthafter Politik. Unser Landtag muss zeitgemäß ausgestattet sein, sowohl was Personal und Infrastruktur als auch Rechte und Möglichkeiten der einzelnen politischen Gruppierungen betrifft. Nur so setzen sich künftig die besten Ideen für unser Land gegen die lähmenden Machtspiele von gestern durch.



Freude, Lebendigkeit, Frische, Jugend zurück in die Politik:



Die ÖVP ist in Tirol seit über 26.300 Tagen ununterbrochen an der Macht. Es ist Zeit, etwas zu ändern. Politik darf man ändern.

Freu dich Tirol :-)
Die neue SPÖ Tirol ist da.

1. Bahn frei für die besten Ideen – neue Regierungsformen wagen: Wir wollen, dass in Tirol die besten Ideen umgesetzt werden, egal von welcher Partei diese kommen. Dazu müssen wir die bestehenden Machtstrukturen aufbrechen und neue, innovative Formen der Zusammenarbeit vorantreiben.

2. Mehr Demokratie wagen: Direkte und indirekte Formen der Demokratie sind keine Gegensätze, sondern ergänzen einander, wenn sie sorgfältig und richtig aufeinander abgestimmt werden. Wir wollen die Möglichkeiten direkter Einbindung in politische Prozesse stärken – von Open-Government-Instrumenten bis hin zu Anhörungsrechten im Landtag. Daher fordern wir die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema, die sich aus Regierungsmitgliedern, Opposition und VertreterInnen von Bürgerinitiativen sowie Demokratie-Werkstätten zusammensetzt.

3. Stärkung des Tiroler Landtages: Die Zusammensetzung der Ausschüsse soll die Mehrheitsverhältnisse im Landtag widerspiegeln. Ein Antrag, egal welcher politischen Gruppierung, soll innerhalb von sechs Monaten

im Plenum behandelt werden, inklusive einer Abstimmung. Die Möglichkeit von schriftlichen Anfragen an die Landesregierung soll wieder eingeführt werden. Anfragen von Abgeordneten sollen sich auch auf Landesbeteiligungen beziehen können. Und Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein. Dafür steht die neue SPÖ Tirol.

4. Teil von etwas Großem – Europa:

Tirol liegt im Herzen Europas. Unsere Politik hat daher Auswirkungen auf Europa, genauso wie europäische Politik sich auf unser Land auswirkt. Wir fordern daher ein Rederecht für Abgeordnete des europäischen Parlamentes im Tiroler Landtag für europapolitische Angelegenheiten und eine Stärkung der überregionalen Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg.

5. Schluss mit den Verbandelungen – Einführung einer „Cooling-Down“-Phase:

Mitglieder der Landesregierung dürfen nach ihrer Regierungszeit für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr keine führenden Funktionen in landeseigenen oder landesnahen Betrieben übernehmen.

6. Ausgliederungsreform und Reduzierung der Rechtsträger:

Die Ausgliederungen im öffentlichen oder halb-öffentlichen Bereich nehmen zu, eines der jüngeren Beispiele ist die Schaffung der Tiroler Soziale Dienste GmbH. Das bedeutet auch eine Vielzahl von Vorständen bzw. AufsichtsrätInnen. Die neue SPÖ Tirol will diese Ausgliederungen auf ihre Sinnhaftigkeit und Effizienz überprüfen und gegebenenfalls entweder zusammenlegen oder wieder eingliedern. Wir wollen echte Jobs schaffen, keine Versorgungsposten.

7. Höheres Vertrauen durch volle Transparenz:

Das Tiroler Transparenzsystem soll zu einer Internet-Informationsplattform weiterentwickelt werden und sich dabei am Südtiroler Modell orientieren. Zwingend veröffentlicht werden sollen künftig u.a. die Beschlüsse der Landesregierung samt entsprechender Unterlagen. Gleiches gilt für sämtliche Bedarfszuweisungen, Förderungen und Zuschüsse sowie Beraterverträge und Repräsentationsausgaben, Gastgeschenke und Ehrenabschlüsse.

8. Digitalisierung der Ämter, der Verwaltung und der Behördenwege: Alle Verfahren und Dokumente sollen online zur Verfügung gestellt werden. Wenn die Behörden die Dokumente

haben, sollen sie diese herumschicken statt die 13 BürgerInnen von einem Schalter zum anderen.

9. Budget und Verwaltung entrümpeln:

Ein verantwortungsvoller Umgang mit den Landesfinanzen hat für uns oberste Priorität. Es geht um öffentliche Mittel und unsere Steuergelder. Aus unserer Sicht gibt es Einsparungspotenziale in den unterschiedlichsten Bereichen, die Sinn machen und freie Mittel in anderen Bereichen bedeuten würden. Wir fordern daher umgehend die Beseitigung von Doppelgleisigkeiten im Bereich der Förderungen. Subventionen müssen auf ihre Wirksamkeit überprüft und auf das notwendige Maß reduziert werden. Und neue Förderschienen sollen in Zukunft nur genehmigt werden, wenn alte Förderregime im selben Volumen auslaufen („One in, one out“-Regel). Zudem gibt es eine Vielzahl von bestehenden Kostenfaktoren, die sofort gekürzt oder gar beendet werden könnten: Darunter fallen etwa die Repräsentationsausgaben des Landes oder auch die Ausgleichsteuer nach dem Behinderteneinstellungsgesetz, die das Land 1,2 Millionen Euro kostet, weil wir zu wenig Menschen mit Behinderung einstellen. Wenn das Land endlich seinen Verpflichtungen nachkommt, werden diese Mittel frei.

10. Entstaubung der Gesetzgebung – Sunset Clause:

Gesetze sollen grundsätzlich befristet beschlossen werden. Damit bleiben unnötige Regelungen nicht automatisch in Kraft, sondern gelten so lange, wie sie auch Sinn machen.

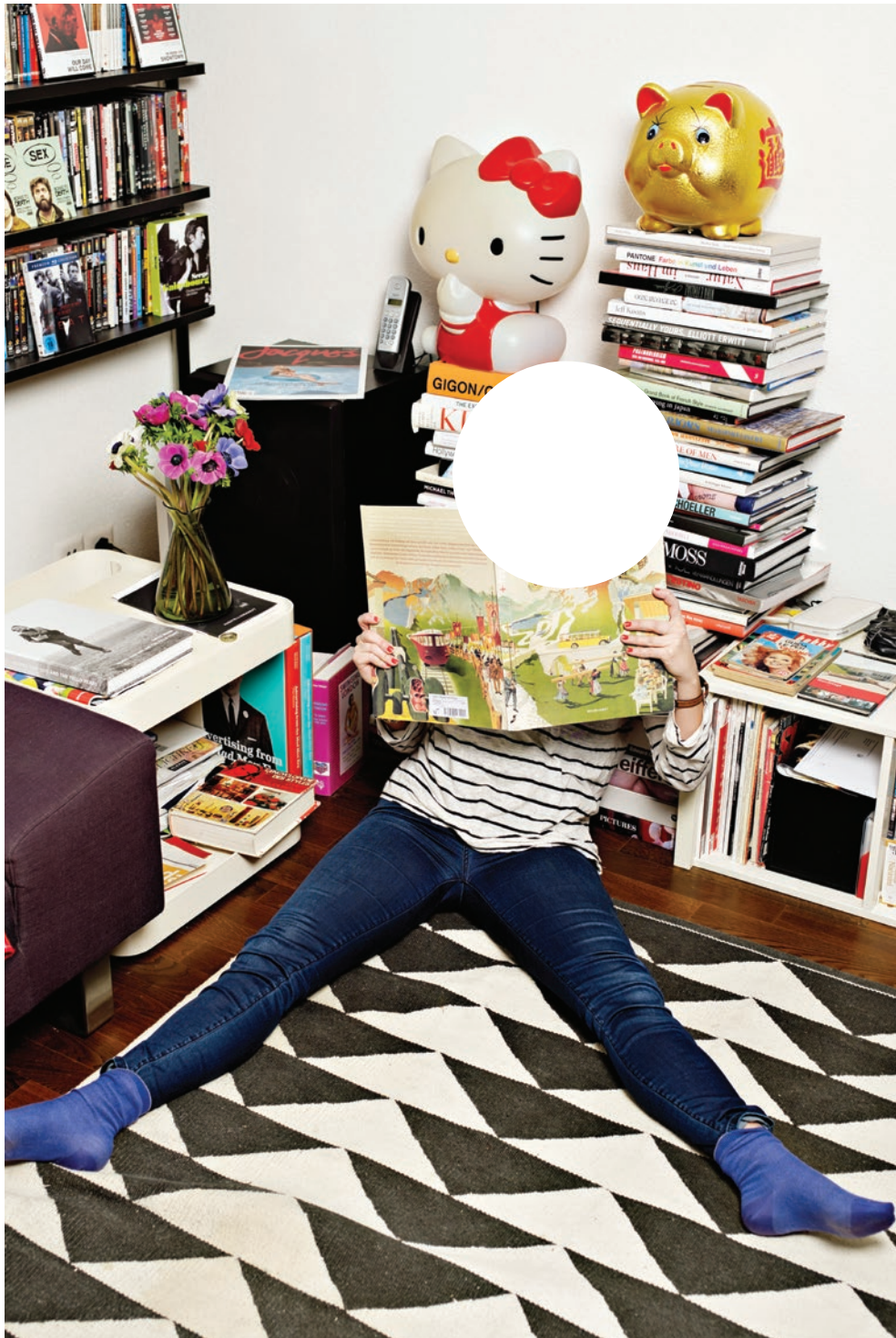
11. Verfassungsdienst des Landtages:

Die Landtage werden immer wieder im Zuge von Reformdiskussionen in Frage gestellt. Die neue SPÖ Tirol bekennt sich zu den föderalen Strukturen und ist davon überzeugt, dass nach dem Prinzip der Subsidiarität das Bestmögliche für unsere Region erreicht werden kann. Daher sollte es vielmehr zu einer Aufwertung des gesetzgebenden Organs kommen, als dieses in regelmäßigen Intervallen in Frage zu stellen. Um eine qualitative parlamentarische Arbeit zu gewährleisten, ist daher die Einrichtung eines eigenen Verfassungsdienstes des Tiroler Landtages notwendig. Die Beratung der Abgeordneten sowie der Landtagsklubs in Rechtsfragen, die in Zusammenhang mit den Geschäftsgegenständen des Tiroler Landtages stehen, sollen zu seinen Hauptaufgaben zählen.



Wer vertritt
Frauen am
besten?
Frauen.





Hilfe bekommt, wer Hilfe braucht. Soziales, Frauen, Pflege und Gesundheit

Starke helfen Schwachen. Was Eltern ihren Kindern in natürlicher Weise vorleben, ist für die inklusive Gesellschaft, wie sie uns SozialdemokratInnen vorschwebt, ein unumgängliches Prinzip.

In Tirol haben wir jahrzehntelang an einem dichten sozialen Netz gewoben, doch die Herausforderungen der Zukunft werden wir nicht allein mit den Rezepten der Vergangenheit meistern können. Die bestehenden Errungenschaften müssen deshalb progressiv weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Ob es eine in finanzielle Nöte geratene Nachbarin, ein Schutzsuchender aus einem Krisengebiet oder ein naher Verwandter ist, der in Würde seinen Lebensabend gestalten möchte: Hilfe bekommt, wer Hilfe braucht. Wir bleiben sozial. Und sichern damit Wohlstand, sorgen für Chancengleichheit, bringen mehr Gerechtigkeit in unser Land und erhalten den sozialen Frieden.



Statt nur über Solidarität zu reden – solidarisch handeln:

1. Das Tiroler Mindestsicherungsgesetz als Grundpfeiler unserer Sozialpolitik:

Die Sicherung des Sozialbudgets und der Mindestsicherung sowie der Ausbau der Unterstützung für soziale Vereine muss sichergestellt werden, um die sozialen Standards in Tirol zu gewährleisten.

2. Klare Zielsetzungen unserer Sozialpolitik:

Die Armutsbekämpfung zur Senkung der Anzahl armutsgefährdeter Menschen in Tirol hat für uns höchste Priorität. Die Sicherung der Grundbedürfnisse für Menschen in Notsituationen muss garantiert werden.

3. Forcierung der Wiedereingliederung in das Berufsleben:

Die Mindestsicherung darf keinen Dauerzustand auslösen. Daher muss das Land Tirol sinnvolle Beratungs- und Förderprojekte in Zusammenarbeit mit dem AMS Tirol und weiteren Sozialvereinen gewährleisten.

4. Klares Bekenntnis zum Tiroler Mindestsicherungsfonds:

In der Praxis werden von diesem Fonds vor allem Miet- und Betriebskostenrückstände zur Vermeidung von Delogierungen, Kosten für notwendige Reparaturen oder Neuanschaffungen von Haushaltsgeräten und Kosten für notwendige Wohnungseinrichtungsgegenstände, welche über die Mindestsicherung nicht abgedeckt werden können, übernommen.

5. Heizkostenzuschuss NEU: Die Richtlinie des Landes Tirol für den Heizkostenzuschuss muss dahingehend geändert werden, dass die Netto-Einkommensgrenze für alleinstehende PensionistInnen von derzeit 870,- Euro auf 1.000,- Euro pro Monat angehoben wird. Und zwar ohne auf das Gutdünken des Landeshauptmanns angewiesen zu sein.

6. Wohnungslosigkeit ist kein Randthema:

Weil Wohnungslosigkeit nicht nur in Innsbruck ein Problem darstellt, fordert die neue SPÖ Tirol den Ausbau von niederschweligen Einrichtungen für Wohnungslose in ganz Tirol. Unabhängig von den Notschlafstellen sollen auch von der öffentlichen Hand Übergangswohnungen angeboten werden, um Menschen einen Weg zurück zu geregelten Wohnverhältnissen zu eröffnen.

7. Gleichstellung im Erwerbsleben ist mehr als überfällig:

Das Land Tirol muss sich in den nächsten fünf Jahren einen konkreten Maßnahmenkatalog zur Entschärfung der dramatischen Einkommenssituation der Frauen in Tirol zum Ziel setzen und die notwendigen Schritte sukzessive umsetzen. Die neue SPÖ Tirol fordert daher die Vorlage eines jährlichen Berichtes zur Einkommenssituation in Tirol im Landtag.

8. Weil eine Quotenregelung Sinn macht:

Unser Bundesland und seine landeseigenen und landesnahen Betriebe müssen bei der Gleichstellung von Männern und Frauen beispielgebend vorangehen. Daher ist die Zielvorgabe von 40 Prozent Frauenanteil in sämtlichen Aufsichtsräten und bei der Besetzung von Führungspositionen im Landesdienst gesetzlich zu verankern.

9. Auch Männer gehen in Karenz:

Immer mehr Männer möchten sich stärker an der Kinderbetreuung beteiligen. Trotzdem zeigt die Realität ein anderes Bild. Es ist vor allem die Angst vor negativen beruflichen Konsequenzen, die Männer davon abhält, in Karenz zu gehen. Positiv wirken sich männliche Vorbilder aus, wenn also ein Mann im Unternehmen bereits in Karenz war und das akzeptiert wurde und wenn Führungskräfte selbst in Karenz gehen bzw. eine offene Haltung einnehmen. Das Land Tirol soll daher eine breit angelegte Informations- und Aufklärungskampagne als Bewusstseinsbildende Maßnahme starten.

10. Gewaltschutzplan für Tirol:

Am 1. Mai 1997 trat das österreichische Gewaltschutzgesetz in Kraft. Eigentlich ein Grund zum Feiern, denn das Gesetz war ein Meilenstein und hat nach zahlreichen Verbesserungen internationalen Vorbildcharakter. In Tirol liegt im Bereich des Gewaltschutzes allerdings noch immer vieles im Argen. Ein selbstbestimmtes Leben ist nur ohne Gewalt möglich. Dieses Recht steht auch

den Tirolerinnen und Tirolern zu. Wir benötigen daher einen flächendeckenden Gewaltschutzplan für unser Bundesland. Der daraus abgeleitete Maßnahmenkatalog muss dem Landtag vorgelegt und verbindlich beschlossen werden.

11. Ausbau der Frauenhausplätze in Tirol:

In Österreich fehlen rund 70 Frauenhausplätze. Etwa die Hälfte davon in Tirol! Im autonomen Tiroler Frauenhaus konnten im Vorjahr rund 200 Frauen nicht aufgenommen werden. Die Wartelisten sind lang. Das ist ein untragbarer Zustand, denn die Situation für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder sind oftmals prekär. Dass beim Frauenhaus seit Jahren nichts weitergeht, ist auch ein gesellschaftspolitisches Signal. Eines, das Gewalt gegen Frauen immer noch verdrängt, toleriert und verharmlost wird. Hier geht es um Prioritäten.

12. UN-Behindertenrechtskonvention:

Der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention muss zügig und vollständig umgesetzt werden. Das Land Tirol sollte daher einen „Landesetappenplan“ sowie einen verbindlichen Zeitplan zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erarbeiten.

13. Ausgleichstaxe im Landesbudget auf null setzen:

Das Land Tirol und die landeseigenen Unternehmen müssen mit Vorbildwirkung endlich selbst der Behinderteneinstellungspflicht nachkommen.

14. Barrierefreie Bahnhöfe in ganz Tirol:

Das Land Tirol muss alle Maßnahmen setzen, damit der von den ÖBB festgelegte Etappenplan zur Umsetzung eines gänzlich barrierefreien Personenverkehrs ermöglicht wird.

15. Barrierefreiheit in unseren Gemeinden:

Die finanziellen Mittel für Maßnahmen zur Barrierefreiheit in den Gemeinden müssen aufgestockt werden, sodass 25 Prozent der anfallenden Kosten – unabhängig von der Finanzkraft der Gemeinden – das Land Tirol übernimmt.

16. Zukunftsorientierte Ombudsstelle:

Seit Jahren wird überlegt, ob eine personelle Aufstockung der Landesvolksanwältin notwendig ist oder eine eigene Tiroler Behindertenanwaltschaft installiert werden sollte. Durch die Umsetzung einer „zukunftsorientierten Ombudsstelle“ soll die künftige Arbeit für Menschen mit körperlicher und geistiger

Arbeiten und trotzdem armutsgefährdet sein, das Schicksal teilen 84.966 Betroffene und damit ein Viertel der Erwerbstätigen in Tirol. Mit ihrem individuellen Nettoerwerbseinkommen würden sie nicht über die Runden kommen. Durch das Tiroler Mindestsicherungsgesetz und zahlreiche Haushaltsverbünde geht es für die meisten der Schlechtverdiener, für 17.727 reicht es trotz aller Hilfestellungen nicht. Sie sind akut armutsgefährdet.

Behinderung und deren Angehörige erleichtert werden.

17. Integration heißt fördern und fordern:

Eine große Herausforderung für die Zukunft liegt in der Integration jener Menschen, die einen positiven Asylbescheid bekommen haben. Der Spracherwerb und die rasche Integration in den Arbeitsmarkt sind der Schlüssel für eine gelungene Integration. Daher muss die Finanzierung und der verbindliche Besuch zum Spracherwerb sowie eine professionelle Begleitung zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt sichergestellt werden. Bereits erworbene Qualifikationen müssen auf unsere Standards geprüft und notwendige Kompetenzen vertieft werden.

18. Unser Umgang mit AsylwerberInnen:

Auch der Umgang mit AsylwerberInnen im Spannungsfeld der ungewissen Dauer des Asylverfahrens und deren Ausgang stellt das Land Tirol vor eine große Herausforderung: Gerade deshalb bekennen wir uns zur Aufrechterhaltung der Grundsicherung sowie zu einer integrativen Begleitung, Betreuung und Qualifizierung der Betroffenen, damit die Vorbereitung auf ein selbstständiges Leben in Tirol ermöglicht wird. AsylwerberInnen mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit sollen einen geregelten Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.



19. Nachhaltige Gesundheitsversorgung – wohnortnah und bedarfsgerecht – für die Tiroler Bevölkerung sicherstellen: Der flächendeckende Ausbau von wohnortnahen, niederschweligen Zugängen zur kassenärztlichen Versorgung ist konsequent umzusetzen. Um die ärztliche Versorgung am Land sicherzustellen, müssen attraktivere Rahmenbedingungen, die Forcierung von Gruppenpraxen und ausgewogene Gesundheitssprengel mit FachärztInnen geschaffen werden.

20. Flächendeckende Arzneimittelversorgung: Wir wollen, dass durch ein größeres Angebot an Filialapotheken und den Erhalt der Hausapotheke eine flächendeckende Arzneimittelversorgung gewährleistet ist.

21. Keine langen Wartezeiten – wir achten auf die Umsetzung: Das lange Warten auf CT- und MRT-Untersuchungen soll ab 2018 vorbei sein. Kostenobergrenzen für Untersuchungen, die einer Deckelung gleichkommen, werden aufgehoben. PrivatpatientInnen dürfen künftig nicht mehr vorgereicht werden. Zudem werden die Wartelisten im Internet veröffentlicht.

22. Eltern-Kind-Kuren und Rehabilitationsaufenthalte für besonders belastete Familien müssen ermöglicht werden: Eltern und insbesondere Mütter sind alltäglich enormen Belastungen ausgesetzt, die sich letztlich negativ auf ihre Gesundheit auswirken können. Speziell Eltern von mehreren Kindern, Mehrlingen oder kranken und behinderten Kindern sowie Allein-erzieherinnen sind täglich mit einer Fülle an Aufgaben konfrontiert, die zur Überforderung führen können.

23. Einfacher Zugang zu psychotherapeutischer Versorgung: Es wird mehr Geld für den Ausbau der psychiatrischen, psychotherapeutischen und psychosomatischen Versorgung notwendig sein. Ein ausreichendes stationäres und ambulantes Angebot muss sowohl für Erwachsene als auch für Kinder und Jugendliche ein klares Ziel für die kommende Legislaturperiode darstellen.

24. Ein Schwangerschaftsabbruch muss an öffentlichen Krankenhäusern möglich sein: Seit 1975 ist in Österreich die Fristenlösung in Kraft. In den ersten drei Monaten ist der Schwangerschaftsabbruch straffrei. Neben Vorarlberg ist Tirol das einzige Bundesland, in dem dieses Gesetz de facto nicht umgesetzt

werden kann. An öffentlichen Krankenhäusern werden Schwangerschaftsabbrüche immer noch nicht durchgeführt und die Selbstbestimmung von Frauen wird eingeschränkt. Schwangerschaftsabbrüche zählen zu den häufigsten Eingriffen in der Frauenheilkunde und sind eine Aufgabe der Gesundheitspolitik. Frauen muss es ermöglicht werden, diese medizinische Behandlung an öffentlichen Krankenhäusern in Tirol vornehmen zu lassen.

25. Die Abschaffung des Pflegeregresses stellt uns vor neue Herausforderungen: Der kontinuierliche und qualitative Ausbau der Pflegeangebote und des Pflegepersonals muss finanziell sichergestellt werden. Das hat sich unsere ältere Generation einfach verdient. Um den unterschiedlichen Ansprüchen der pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen gerecht zu werden, müssen die Beiträge des Bundes auf einer soliden Finanzierungsgrundlage sichergestellt werden.

26. Mehr Pflegepersonal: Es bedarf zusätzlicher Ausbildungsplätze an allen bestehenden Ausbildungsstandorten für unser künftiges Pflegepersonal.

27. Ausbau der mobilen Pflege: Die neue SPÖ Tirol fordert den verstärkten flächendeckenden Ausbau der stationären UND mobilen Dienste sowie der Tagesbetreuungseinrichtungen und der Nacht- und Wochenendpflegeangebote.

28. Kontrollen sind notwendig: Eine verlässliche Kontrolle im Pflegebereich durch einheitliche, verbindliche und regelmäßig überprüfbare Mindeststandards schafft eine Qualitätssicherung und ein höheres Vertrauen in unsere Einrichtungen.

29. Novellierung des Tiroler Heimgesetzes: Die neue SPÖ Tirol fordert die Änderung des Heimgesetzes. Das Gesetz muss künftig verbindliche Vorgaben zum Personal mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten bzw. die verbindliche Qualifikation der Führungskräfte in allen Heimen zum Gegenstand haben. Auch die bereits in Auftrag gegebene Tarifreform mit einheitlichen Standards der Heime für Personalschlüssel, Nachtdienste und soziale Betreuung muss umgesetzt werden.

30. Flächendeckender Ausbau von betreutem Wohnen: Der Bedarf an betreuten und betreubaren Wohnformen wird in Zukunft enorm ansteigen. Besonders für Menschen mit geringerer Pflegebedürftigkeit, die ohne Hilfe nicht mehr allein in ihren eigenen vier Wänden bleiben können und wollen, ist das betreute Wohnen häufig die bevorzugte und willkommene Alternative zu stationären Pflegeeinrichtungen.

31. Selbstbestimmung bis zum Lebensende: Die Hospiz- und Palliativbetreuung muss im ganzen Land kontinuierlich ausgebaut werden. Das Recht auf Selbstbestimmung und die Wahrung der Menschenwürde bis zum Lebensende müssen ganz klar im Fokus stehen.

32. Einrichtung einer Tiroler Bioethikkommission: Der Wunsch von schwerkranken Menschen nach einem erlösenden Tod muss respektiert werden. Eine kategorische Ablehnung von Sterbehilfe greift zu kurz. Das Lebensende ist noch immer ein Tabuthema. Was wir wollen, ist aber eine offene, sachliche Diskussion darüber. Soll der „assistierte Suizid“ mit Hilfe von Ärztinnen und Angehörigen in Ausnahmefällen ermöglicht werden? Sollen „unverhältnismäßige medizinische Interventionen“ vermieden werden? Ist ein in der Verfassung festgeschriebenes Verbot der Sterbehilfe noch zeitgemäß? Mit diesen und ähnlichen Fragen soll sich diese Kommission befassen.





Jobs

Versorgungsposten.

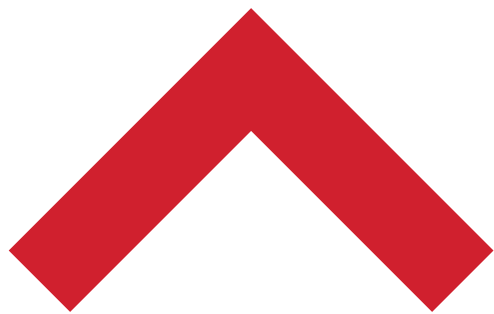
stätt

Digitalisierung ist für alle da. Arbeit, Wirtschaft, Digitalisierung

Die Digitalisierung kommt – und birgt Chancen für uns alle – vorausgesetzt, wir können an ihr teilhaben! Die Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen für diesen globalen Megatrend zu schaffen und ihn in geordnete Bahnen zu lenken. Mut, Leidenschaft und visionäres Denken sind nun gefragt. Wenn wir die Herausforderungen, vor die der technische Wandel unsere Gesellschaft stellt, aktiv angehen, schaffen wir dadurch neue Möglichkeiten für unser Land – gerade was den Arbeitsmarkt betrifft.

Wir sind ein Land, das hohe wissenschaftliche Tradition hat – in der Mathematik, in den Sozialwissenschaften, in der Physik, in der Mechatronik. Wir sind ein Land in dem 100 „Hidden Champions“ angesiedelt sind. Das sind Klein- und Mittelbetriebe, die Weltmarktführer sind. Für sie und ihre MitarbeiterInnen sind wir da und wollen wir gestalten.





So schaffen wir in der Arbeitswelt von morgen Chancen für alle:

1. Klarer Kurs in Richtung Vollbeschäftigung:

Die Nutzung aller Investitionshebel, um Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, muss zur obersten Priorität erklärt werden. Die Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderungsrichtlinien, vor allem zugunsten der Lehrlingsausbildung und der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen sowie der Ausbau der Lehre mit Matura und eine Ausbildungsgarantie, sind die Eckpfeiler für einen gesunden Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstandort Tirol. Unsere Klein- und Mittelbetriebe prägen Tirols Unternehmenslandschaft. Sie sind das Rückgrat der heimischen Wirtschaft.

2. Gleicher und g'scheiter Lohn für gleiche Arbeit:

Höhere kollektivvertragliche Mindestlöhne schwächen nicht die Wirtschaft. Vielmehr schaffen sie eine notwendige und existenzsichernde Grundlage, welche es erst ermöglicht, die Wirtschaft durch eine höhere Inlandskaufkraft und eine bessere Wettbewerbsposition bei der Personalsuche zu stärken.

3. Teilzeit darf nicht zur Sackgasse werden:

Die interne Informationspflicht in Betrieben, bevor Vollzeitjobs extern ausgeschrieben werden, kann zur mehr Transparenz in der Arbeitswelt beitragen. Gleiches gilt für die Offenlegung der Löhne und Gehälter. Das Land Tirol mit seinen landesnahen Betrieben sollte hier mit positivem Beispiel vorangehen und diese Informationspflicht einführen.

4. Forcierung der Beschäftigung arbeitssuchender Menschen:

Die neue SPÖ Tirol steht für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Beschäftigung ankurbelt und jenen wieder Chancen ermöglicht, die vom Markt zurückgelassen werden. Wir setzen uns daher für eine Fortsetzung erfolgreicher bundespolitischer Maßnahmen, wie der Aktion 20.000 und dem Beschäftigungsbonus, auf Landesebene ein. Wo die Bundesregierung Arbeitslose im Stich lässt, werden wir einspringen.

5. Offensive für Gesundheit am Arbeitsplatz:

Die Zunahme an Belastungen am Arbeitsplatz und das Versinken in Arbeit und Freizeit - Stichwort ständige Erreichbarkeit - machen krank. Die häufigste Ursache für Ausfälle am Arbeitsplatz sind mittlerweile psychische Erkrankungen, die bereits vor Erkrankungen des Stütz- und Bewegungsapparates liegen. Wie in vielen anderen Bereichen gilt auch in der Arbeitsmedizin und der betrieblichen Gesundheitsförderung, dass Prävention das wichtigste Werkzeug ist, um spätere Erkrankungen zu vermeiden. Daher muss die Prävention ausgebaut sowie eine niederschwellige Anlaufstelle für betroffene Menschen eingerichtet werden.

6. Faire Praktika-Spielregeln:

Wir sehen nicht ein, dass viele junge Menschen ihre ersten Kontakte in der Arbeitswelt unter oft fragwürdigen Verhältnissen absolvieren müssen. Sei es, dass die Bezahlung nicht stimmt oder dass PraktikantInnen als Urlaubsvertretung eingesetzt werden und nichts vermittelt bekommen - es braucht klare und faire Rahmen-

bedingungen, damit PraktikantInnen nicht länger ausgebeutet werden können.

7. Bestbieter statt Billigstbieter:

Die neue SPÖ Tirol fordert im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen die flächendeckende Anwendung des Bestbieterprinzips inklusive hochwertiger Sozial- und Qualitätskriterien, um Arbeitslosigkeit sowie Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

8. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern:

Die Ganztageschule mit ver-schränktem Unterricht ist als Voraussetzung für die Berufstätigkeit von Frauen mit Kindern unumgänglich. Wir wollen die Angebote ausbauen und auf den Bedarf von Familien im Arbeitsleben abstimmen. Die Gemeinden als Schulerhalterinnen müssen seitens des Landes nach Kräften unterstützt werden.

9. Winterbauoffensive: Trotz des derzeitigen Wirtschaftsaufschwungs sind für die weitere konjunkturelle Entwicklung auch in Zukunft punktuelle Maßnahmen zur Investitionssteigerung vorzusehen. Als eine bewährte Maßnahme sollte die Winterbauoffensive ab 2018/19 wieder durchgeführt werden, um so die Bauwirtschaft in konjunkturell schwachen Phasen zu stärken.

Das Bundesland mit den höchsten Einkommen ist Vorarlberg mit 2.648 Euro brutto, gefolgt von Oberösterreich mit 2.612 Euro und Wien mit 2.580 Euro. Dann folgen die Steiermark (2.483 Euro), Niederösterreich (2.423 Euro), Salzburg (2.421 Euro) und Kärnten (2.417 Euro). Die Tirolerinnen und Tirolern belegen mit durchschnittlich 2.388 Euro brutto im Monat nur den achten und somit vorletzten Rang.

10. Investitionsförderung für Kleinstunternehmen fortführen: Die Wachstums-offensive für Kleinstunternehmen im niederschweligen Bereich (10 Prozent Förderung für neues Anlagevermögen im Bereich zwischen € 10.000 und € 100.000) hat sich als Förderinstrument bewährt. Dieses Programm sollte daher neu

aufgelegt und in die Regelförderung des Landes 27 übernommen werden.

11. Gründungs-offensive mit Beteiligungsfonds des Landes: Um den Zugang zu Finanzierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für technologie- und innovationsintensive Start-ups und wachstumsorientierte Klein- und Mittelunternehmen zu erleichtern, fordert die neue SPÖ Tirol die Einrichtung eines Fonds, über den Beteiligungen an strategisch wichtigen Unternehmen in den Regionen erworben werden können.

12. „Digitalisierungspaket 2023“: Die Evaluierung und Intensivierung der Breitband-offensive des Landes Tirol ist ein Gebot der Stunde. Die Förderung von 10 Millionen Euro pro Jahr soll auf 12 Millionen Euro jährlich über die gesamte Legislaturperiode bis zum Jahr 2023 ausgebaut werden. Eine wichtige Voraussetzung für ein flächendeckendes Glasfasernetz in Tirol sind funktionierende Ortsnetze in den einzelnen Gemeinden. Hier gibt es vor allem in der Peripherie noch viel Luft nach oben.

13. 100 Mbit/s flächendeckend in ganz Tirol: Geht es nach der neuen SPÖ Tirol, so sollen bis 2020 Datenraten von mindestens 100 Mbit/s flächendeckend im ganzen Land erzielt werden. Derzeit wird der Fokus hauptsächlich auf eine einzige Technologie, nämlich Glasfaserkabel, gelegt. In jedem hintersten Hof für Millionen von Euro den Boden aufzugraben, um Kabel zu legen, ist aber nicht zielführend und geht völlig am Bedarf vorbei. Daher fordern wir eine Adaptierung der Internetstrategie des Landes Tirol und die Etablierung der 5G-Technologie als neuen Mobilfunkstandard.

14. Digitalisierungsförderung für Weiterbildungsmaßnahmen: Aufbauend auf dem neuen Förderungsprogramm des Bundes „KMU. Digital“ soll auf Landesebene eine spezielle Digitalisierungsförderung für innerbetriebliche Weiterbildungsmaßnahmen und Coachings geschaffen werden.





Wenn
leistbares
Wohnen ein
Problem ist,
ist das ganze
Leben eins.

Mit Wohnraum Lebensraum schaffen. Wohnen

Wohnen ist ein teurer Spaß, in Tirol ganz besonders. Mieten und Immobilienpreise steigen beständig. 5.400 Euro kostet in Innsbruck im Schnitt der Kauf einer neuen Wohnung — je Quadratmeter. Bei 100 m² summiert sich das auf kaum noch leistbare 540.000 Euro.

16 Euro pro Quadratmeter. Miete. Im Mittelwert. Innsbruck ist die teuerste Wohnstadt Österreichs. Für unser gesamtes Bundesland gilt: Wer nicht erbt oder extrem gut verdient, kann sich in Tirol kaum mehr Grund und Boden leisten. Vor allem nicht dort, wo es offenbar für die meisten am attraktivsten ist: In den Städten, im Inntal.

Gleichzeitig hinkt Tirol im Einkommensvergleich regelmäßig hinterher. Das gefährdet für unsere Kinder, was für uns in den 60er-, 70er- oder 80er-Jahren noch ein Lebensziel war: Den Traum von den eigenen vier Wänden, geschaffen durch Fleiß und Sparsamkeit. Ob als Eigentum oder zur Miete: Zu einem guten Leben gehört nun mal bezahlbarer Wohnraum — das Nest für die Jungen und der Rückzugsraum für die Älteren unter uns.





Das wollen wir tun, damit Wohnen wieder leistbar wird:

1. Mehr Boden durch aktive Wohnbaupolitik:

Günstiger Baugrund wäre DER Schlüssel für leistbares Wohnen. Doch der ist bekanntlich rar und selten in Tirol. Aber die stark gestiegenen Grundstückspreise haben auch politische Gründe: Die Instrumente der Vertragsraumordnung und die Schaffung von Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau werden sehr zurückhaltend angewendet. Eine echte Baulandmobilisierung erreichen wir durch aktive Wohnbaupolitik der Gemeinden zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger.

2. Geförderter Wohnbau:

Im Tiroler Raumordnungsgesetz soll der geförderte Wohnbau ausdrücklich in den Aufgaben und Zielen der überörtlichen Raumordnung sowie in den Maßnahmen, die in Raumordnungsprogrammen festgelegt werden, angeführt werden. Damit soll erreicht werden, dass die Gemeinden in verstärktem Maße Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau ausweisen.

3. Tiroler Wohnbauoffensive 2018 - 2023:

Mit einer Wohnbauoffensive sollen in den nächsten 5 Jahren 5.000 zusätzliche sozial geförderte Wohnungen errichtet werden.

4. Zweckbindung der Wohnbauförderung:

Die Zweckbindung des Wohnbauförderungsbeitrages für den Wohnbau muss wieder eingeführt werden. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass auch in den kommenden Jahren ausreichend Finanzierungsmittel für die Wohnbauförderung vorhanden sind.

5. Innovative Wohnkonzepte:

Die neue SPÖ Tirol spricht sich für die Förderung und den Ausbau von innovativen Wohnkonzepten wie das 5x5 Modell aus. Junge Menschen sollen die ersten 5 Jahre für 5 Euro pro Quadratmeter wohnen können.

6. Mehr Transparenz im Beihilfesystem:

Die Zusammenführung der Mietzinsbeihilfe und Wohnbeihilfe zu einem einheitlichen System ist dringend notwendig. Zudem sollte es eine Informationskampagne des Landes geben, die Aufschluss darüber gibt, welche finanziellen Beihilfen zum Thema Wohnen gewährleistet werden.

7. Wohnen für Studierende:

Wir sind für die Errichtung zweier zusätzlicher Studentencampusse, die mehr Wohn- als Heimcharakter haben und dem Lebensstil von jungen Menschen entsprechen.

8. Preisobergrenzen im Rahmen der Vertragsraumordnung:

Die neue SPÖ Tirol steht für die Möglichkeit der Einführung von Obergrenzen bei Quadratmeterpreisen, um den horrenden Grundstückspreisen gerade im Speckgürtel von Innsbruck entgegenzuwirken.

9. Der „vorgezogene Erschließungsbeitrag“:

Dieser macht nur Sinn, wenn er konsequent in allen Gemeinden umgesetzt wird. Daher sollten alle Gemeinden dieses sinnvolle Instrument auch nutzen.

10. Freizeitwohnsitze:

Wir stehen für strengere Regeln bei Freizeitwohnsitzen und scharfe Kontrollen sowie die Rückabwicklung im Falle von grobem, nachgewiesenem Missbrauch.

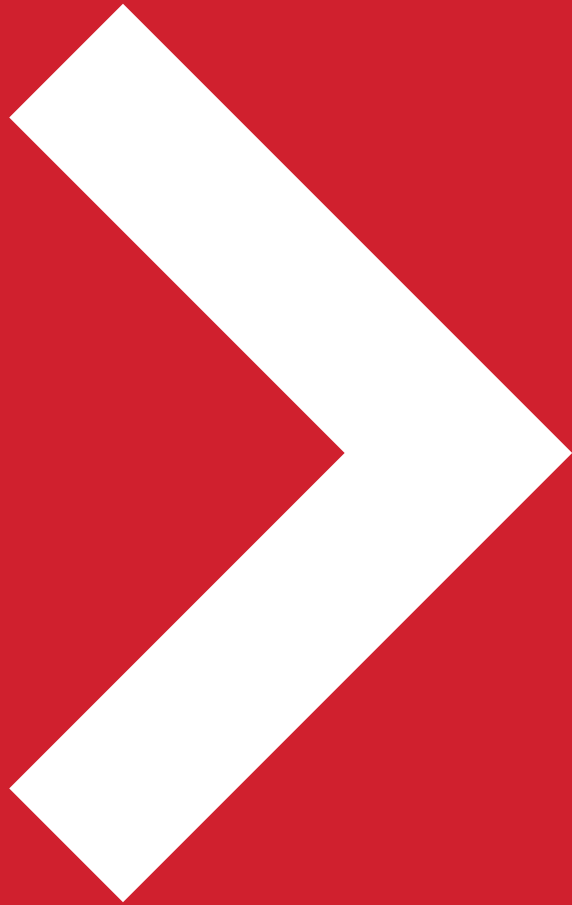
11. Vorkaufsrecht zugunsten des Landes Tirol:

Im Tiroler Wohnbauförderungsgesetz 1991 (TWFG) soll in Anlehnung an § 15g Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) in Bezug auf geförderte Eigentumswohnungen ein zehnjähriges Vorkaufsrecht zugunsten des Landes Tirol vorgesehen werden, um die sozial treffsichere Weitergabe von geförderten Objekten sicherzustellen und Spekulationsgeschäfte mit Wohnbauförderungsmitteln auszuschließen.

12. Forcierung des Gemeindewohnbaus:

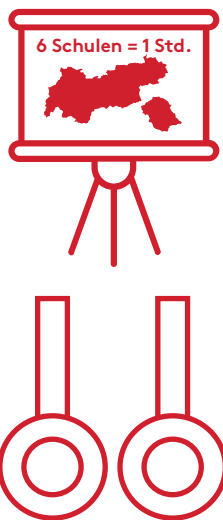
Die Entwicklungen am Wohnungsmarkt haben eines ganz deutlich gezeigt: Wir dürfen das Wohnen nicht alleine dem Markt überlassen. Die neue SPÖ Tirol will daher den kommunalen Wohnbau als Ergänzung zu den gemeinnützigen Wohnbauträgern forcieren.





Bildung ist
kein Privileg.
Sondern ein
Anfang.

Zugang zu Bildung. Für jeden. Und immer. Bildung



Nur sechs Schulen in Tirol bieten eine tägliche Turnstunde an.
In Oberösterreich sind es 153 Schulen.



Unser Kopf ist unser Kapital. Wir kommen so weit, wie wir denken können – so weit uns unsere Bildung trägt und wachsen lässt. Deshalb sollen alle Menschen, unabhängig ihrer sozialen Herkunft, ein Leben lang den gleichen kostenlosen Zugang zu Bildung bekommen. Auch in dieser Hinsicht ist Inklusion für uns nicht verhandelbar. Niemand bleibt zurück, wenn wir Hand in Hand in Richtung Zukunft gehen.

In einem Bildungssystem sozialdemokratischer Prägung geht es nicht mehr nur um kognitive Wissensvermittlung, die sich an Marktbedürfnissen orientiert. Unser System bricht mit der zunehmenden Ökonomisierung von Bildung und schafft Orte des sozialen Lernens: Miteinander, voneinander, und jeder Mensch mit der individuellen Förderung, die er braucht. Ein Leben lang. Denn wir lernen nie aus.

Ein/e SchülerIn einer berufsbildenden mittleren und höheren Schule ist uns im Schnitt 11.000 Euro »wert«, jene/r einer AHS-Oberstufe 9.300 Euro, ein Lehrling hingegen nur 8.400 Euro. Das steht im klaren Widerspruch zu allen unseren Grundsätzen bezüglich Gleichheit und muss dringend behoben werden.



Bildung ist kein Privileg. Sondern erst der Anfang:

1. Startklar: Kindergarten und Volksschule stellen das Fundament für die Bildung unserer Kinder dar. Und da darf nicht und niemals gespart werden. Ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr und ein verpflichtendes zweites Gratis-Kindergartenjahr sowie einheitliche Qualitätsstandards für Kindergärten und mehr Geld für die Volksschulen inklusive einer gezielten Sprachförderung sind dabei das Mindeste.

2. Kinderbetreuung ganztägig und ganzjährig, das ist unser Ziel: Die Schaffung einer flächendeckenden ganztägigen, ganzjährigen und kostenlosen Kinderbetreuung muss zur obersten Priorität werden. Nur so erreichen wir Chancengleichheit für alle Kinder und die tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

3. Gemeinsame Schule in Ganztagesform: Die gemeinsame Schule für alle bis 14 Jahre bleibt für die neue SPÖ Tirol ein klar definiertes Ziel. Ganztägig, mit individueller Förderung, ohne Hausübungen und mit verschränktem Unterricht. Das Bundesland Tirol sollte sich dazu bekennen, derartige innovative pädagogische Konzepte weiter zu erproben und den Anforderungen der heutigen Zeit anzupassen.

4. Inklusion ist keine „Kann-Bestimmung“: Im Bezirk Reutte wird vorgelebt, dass Inklusion sehr gut funktioniert. Tirolweit liegt die Inklusionsquote nach wie vor bei unter 50 Prozent und damit weit unter dem Bundesschnitt. Hier ist mehr Mut in der Politik gefragt. Wir stehen für eine gemeinsame Schule für alle Kinder. Inklusion soll an den Regelschulen gelebt werden.

5. Verschränkte Unterrichtsformen ermöglichen: Bei den ganztägigen Schulen bzw. Klassen mit verschränkter Abfolge des Unterrichtsteiles und des Betreuungsteiles tritt Tirol auf der Stelle. Der Grund dafür liegt im Tiroler Schulorganisationsgesetz 1991. Die Führung von verschränkten Klassen ist zulässig, aber an restriktive Bedingungen geknüpft. Daher fordern wir die Novellierung dieses Gesetzes und damit die

Umwandlung der bestehenden Nachmittagsbetreuung in verschränkte Ganztageschulen.

6. Bessere Lernerfolge, weniger Nachhilfe: Immer mehr BürgermeisterInnen erkennen die Ganztageschule neben der ganztägigen und ganztägigen Kinderbetreuung als Standortvorteil für die Gemeinde. Eine gute Infrastruktur schafft hohe Lebensqualität für Familien mit Kindern und ist die wirksamste Maßnahme gegen Landflucht und Abwanderungstendenzen. Das Land Tirol muss diese Bemühungen finanziell unterstützen und den rechtlichen Rahmen dafür schaffen.

7. Digitalisierung beginnt immer früher: Die Ausstattung aller Klassenzimmer mit W-LAN und die Forcierung der Nutzung von E-Learning-Plattformen muss in der kommenden Legislaturperiode Bestandteil eines großen Digitalisierungspaketes des Landes Tirol sein.

8. Digital Summer School: Für Jugendliche, die sich mit Digitalisierungsthemen beschäftigen wollen, gibt es zu wenig Angebote. Digitale Kompetenz sollte frühzeitig zugänglich gemacht werden, um die Begeisterung für die zukünftig immer wichtiger werdenden digitalen Berufe bei Jugendlichen zu wecken. Das Angebot einer Digital Summer School wäre eine zielführende Maßnahme.

9. Nachhilfe-Scheck als Zwischenlösung: Die Nachhilfekosten betragen pro Kind und Jahr im Schnitt rund 600 Euro und die Dunkelziffer ist groß. Die Einführung eines Nachhilfe-Schecks als Sofortmaßnahme und zur mittelfristigen Überbrückung der derzeitigen Defizite im Bildungssystem würde für viele Eltern eine finanzielle Entlastung darstellen.

10. Tägliche Turnstunden an allen Tiroler Schulen: Die Bedeutung von Bewegung für Kinder und Jugendliche ist wohl unumstritten. Dennoch zeigen Studien ein abnehmendes Aktivitätsniveau und gesundheitliche Probleme unter Kindern und Jugendlichen. Das Ziel sollte eine tägliche Turnstunde in allen Schulen sein. Die Gesundheit unseres Nachwuchses gilt es zu fördern. Kinder und Jugendliche sollen täglich mindestens 60 Minuten körperlich aktiv sein.

11. Finanzielle Unterstützung bei Sport-, Sprach- und Projektwochen: Allen Kindern müssen die gleichen Chancen ermöglicht werden, daher soll das Land Tirol entsprechende

Fördermöglichkeiten bereitstellen, um hier möglichen Benachteiligungen entgegenzuwirken.

12. Berufs- und Bildungsorientierung in allen Schulstufen ausbauen: Je besser die Berufs- und Bildungsorientierung, desto zielgerichteter können Jugendliche eine Ausbildung und später einen Beruf ergreifen, der ihren Fähigkeiten entspricht.

13. Den flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit weiter vorantreiben: Die Schulsozialarbeit als Drehscheibe zwischen SchülerInnen, Lehrkräften und Eltern setzt sich mit den Problemen auseinander, mit denen Kinder und Jugendliche tagtäglich konfrontiert sind. Dabei hat sich das Angebot der Schulsozialarbeit überaus bewährt. Das Angebot muss kontinuierlich und flächendeckend in ganz Tirol erweitert werden.

14. Mehr politische Bildung an Tirols Schulen: Die Förderung von Projekten im Bereich der politischen Bildung, die Beratung bei der Konzeption und Durchführung von Workshops sowie Informationsschwerpunkte im Unterricht müssen seitens des Landes Tirol forciert und finanziell unterstützt werden.

15. Aufwertung der Lehre, um den Fachkräftebedarf für die Zukunft zu decken: Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell für den Standort Tirol. Dennoch dürfen wir uns nicht mit dem bewährten Status-Quo begnügen, um den Fachkräftebedarf auch für die Zukunft decken zu können. Meist wird ein falsches Bild hinsichtlich der Wertigkeit dieser betrieblichen und praxisorientierten Ausbildung signalisiert. Dieser Entwicklung gilt es mit einem ernstgemeinten Maßnahmenpaket entgegenzusteuern. Daher fordert die neue SPÖ Tirol mehr Anerkennung für die Lehre und den Lehrberuf, neue Formen der Fachkräfteförderung, eine Angleichung der Investitionshöhe in die Ausbildung der Lehrlinge analog zu anderen Schulen, eine Verlagerung der Lehrabschlussprüfung in die Berufsschulen, kostenlose Vorbereitungskurse für die Lehrabschlussprüfungen, den weiteren Ausbau der Lehre mit Matura, die Förderung zur Finanzierung eines Sprachmonats im Ausland sowie den Gratis-Führerschein B für Lehrlinge in Tirol.

16. Mehr Unterrichtsstunden für unsere Lehrlinge: Die dreijährige Lehrausbildung sollte für alle Lehrlinge auf mindestens 1.260 Unter-

richtsstunden erhöht werden. Bildung und Ausbildung sind Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche Zukunft. Zudem bedeutet mehr Bildung für alle Lehrlinge mehr Chancen und mehr Entwicklungsmöglichkeiten für Jugendliche. Diese Erhöhung ist dringend umzusetzen.

17. Lehrlingsoffensive beim Land Tirol: Die Schaffung von 50 zusätzlichen Lehrstellen in landeseigenen und landesnahen Einrichtungen muss umsetzbar sein. Auch in diesem Bereich können unser Bundesland und unsere landesnahen Betriebe mit gutem Beispiel vorangehen. Kollektivvertragliche Mindestlehrlingsentschädigungen pro Monat im ersten Lehrjahr von 700 Euro brutto, im zweiten Lehrjahr von 900 Euro brutto, im dritten Lehrjahr von 1.100 Euro brutto und im vierten Lehrjahr von 1.300 Euro brutto lautet die klare Forderung der Interessenvertreter. Auch hier soll das Land Tirol beispielgebend eine Mindestlehrlingsentschädigung einführen.

18. Bringen wir unsere Tiroler Hochschulen ins internationale Spitzenfeld: Setzen wir konkrete Maßnahmen, um die Zahl der MINT-AbsolventInnen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) an Universitäten und Fachhochschulen zu heben. Das Land Tirol kann hier durch Stiftungsprofessuren und die Anhebung der Forschungsmittel steuernd eingreifen.

19. Kostenlose Vorbereitungskurse: Für alle Tiroler MaturantInnen und angehende MedizinstudentInnen sollen kostenlose Vorbereitungskurse für den Medizin-Aufnahmetest angeboten werden. Damit kann einem Ärztemangel im ländlichen Raum entgegengewirkt werden und unsere MaturantInnen erfahren eine optimale Vorbereitung auf ihr Studium.

20. Unsere Med-Uni braucht keine Konkurrenz: Wir sagen NEIN zu einer privaten „Medical School“. Private medizinische Hochschulen, die Studierenden aus einkommensschwachen Familien nicht im gleichen Ausmaß zur Verfügung stehen wie jenen, die sich Studiengebühren leisten können, lehnen wir entschieden ab.

21. Schaffung eines Innovationsfonds: Die neue SPÖ Tirol setzt sich für einen eigenen Innovationsfonds ein. Dadurch können Anreize für Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Hochschulen, aber auch neue Start-up-Unternehmen geschaffen werden.



**Für Stillstand
sind andere
zuständig.**



Verkehr, Energie, Ökologie und Umwelt

Endlich Mobilität und Umwelt verbinden.

Mehr Öffis, mehr Radfahrer, mehr FußgängerInnen - weniger motorisierter Individualverkehr. Mehr Schiene - weniger Straße. Das muss die Stoßrichtung einer umfassenden Mobilitätsstrategie für unser Land sein. Dabei setzen wir auf ein gut ausgebautes Anreizsystem zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel statt auf weitere Schikanen für unsere AutofahrerInnen.

Wir verbrauchen unnötig Energie. Nicht nur in der Politik, sondern auch in den eigenen vier Wänden. Dem wollen wir mit einer Effizienzoffensive begegnen und auch alternative Formen der Energiegewinnung, wie etwa die Geothermie und die Solarenergie fördern. Bis 2030 können wir so ein Viertel unseres Energieverbrauchs einsparen. Den Rest wollen wir über erneuerbare Energieträger gewinnen. Daher gibt es von der neuen SPÖ Tirol auch ein klares Bekenntnis zum umweltverträglichen Ausbau der Wasserkraft in Tirol.

Bereits deutlich mehr als zwei Millionen Lkw rollen über den Brenner. Die Entwicklung der Lkw-Fahrten über den Brenner unter der schwarz-grünen Landesregierung lässt keine Verbesserung erkennen:

Jahr 2013: 1,94 Millionen Lkw
Jahr 2014: 2,01 Millionen Lkw
Jahr 2015: 2,07 Millionen Lkw
Jahr 2016: 2,10 Millionen Lkw
Jahr 2017: 2,25 Millionen Lkw

Die neue SPÖ Tirol fordert daher:
1 Million Lkw im Jahr als gesetzliche Obergrenze.



An der Energie sparen, nicht am Leben. Und eine Gesamtlösung beim Verkehr:

1. Zwei Millionen Lkw sind für unsere Tiroler Bevölkerung nicht länger zumutbar: Ob im Unterinntal, über den Arlberg oder auf der Brennerautobahn: Im Schnitt hat die Zahl der Transit-LKW kontinuierlich zugelegt. Absoluter „Spitzenreiter“ war der Brenner. Hier legte der Transitverkehr auf 2,1 Millionen Fahrten zu. Diesen belastenden Fakten muss unverzüglich Einhalt geboten werden. Die neue SPÖ Tirol setzt sich daher für die Einführung der Korridor-maut ein, ebenso wie für die Umsetzung eines wirksamen sektoralen Fahrverbotes und für eine festgeschriebene Obergrenze von maximal einer Million LKW pro Jahr.

2. Flächendeckende Lkw-Maut: Das Land Tirol sollte sich für eine flächendeckende LKW-Maut auf Landes- und Gemeindestraßen für LKW ab 3,5 Tonnen in Österreich einsetzen. Damit können die Sanierung von Landes- und Gemeindestraßen zeitgerecht finanziert, Kosten gespart und Arbeitsplätze in den peripheren Regionen geschaffen werden. Somit bezahlt der LKW als Hauptschädiger der Straßen die verursachten Schäden. Die Zweckwidmung der eingenommenen Mautmittel in Höhe von 75 Prozent für die Straßeninstandsetzung und 25 Prozent für den öffentlichen Verkehr muss gesetzlich verankert werden.

3. Grundlegendes Ziel einer modernen Verkehrs- und Umweltpolitik muss es sein, die gesellschaftlich notwendige Mobilität möglichst umweltverträglich zu gestalten. Eine nachhaltige Mobilität wird durch eine Verringerung von Emissionen, aber auch durch einen geringeren Ressourcenverbrauch erzielt. Elektromobilität stellt einen der zentralen Lösungsansätze dar, um mittel- bzw. langfristig den Ausstieg aus konventionell betriebenen Fahrzeugen durch fossile Brennstoffe zu schaffen.

4. Schwerpunkt e-Mobilität: Elektromobilität ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen. Sowohl aus Umweltsicht als auch aus wirtschaftlicher Sicht. Der Betrieb von Elektrofahrzeugen muss mit Energie aus alternativ erzeugtem Strom erfolgen. Bei der Errichtung von Eigenheimen oder Wohnhäusern ist –gekoppelt an die Wohnbauförderung – pro Wohneinheit die Grundinstallation in Form einer Leerverrohrung oder einer entsprechend dimensionierten Verkabelung bis zum Endpunkt einer möglichen Ladesäule vorzusehen. Entsprechend dem hohen Leistungsbedarf von Schnellladestationen (>50kW DC pro Lade-punkt!) soll der Ausbau dieser Ladeinfrastruktur gezielt vorrangig an Hauptverkehrsrouten und Langstrecken forciert werden.

5. E-Mobilität im Land Tirol: Das Land Tirol soll beispielgebend die sukzessive Umstellung der Fuhrparkflotten des Landes sowie weiterer öffentlicher Einrichtungen und Institutionen auf Elektromobilität bis zum Jahr 2030 forcieren.

6. Die Versprechen anderer einhalten – Wir führen das 365-Euro-Ticket ein: Das neue Tirolticket sowie das Regionsticket sind zwar Vergünstigungen und Schritte in die richtige Richtung, aber kein Grund sich mit dieser Lösung zufrieden zu geben. Die PendlerInnen in Tirol haben sich das 365-Euro-Ticket längst verdient, schließlich zahlen sie einen enormen Beitrag in den Steuertopf.

7. Das beste Angebot für unsere PendlerInnen: Speziell am Land muss der öffentliche Verkehr noch attraktiver werden. Das hilft, Standortnachteile auszugleichen, und wirkt der Landflucht entgegen. Dazu sind aber noch viele Maßnahmen notwendig: Zum Beispiel eine Taktverdichtung in den Stoßzeiten, Zubringerbusse zur Bahn, die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsanbindung vor allem in den Abendstunden sowie der Ausbau von Park-and-Ride-Plätzen entlang der Inntalfurche.

8. Car-Sharing: Immer mehr Gemeinden bieten attraktive Angebote von Car-Sharing-Modellen an. Das Land Tirol soll durch den Ausbau der e-Mobilität diese erfolgreichen Projekte fördern und flächendeckend in den Gemeinden vorantreiben.

9. Man fährt wieder Rad: Die Errichtung und Erhaltung von regionalen und überregionalen Radwegen ist ein Gebot der Stunde. Durch die

Bereitstellung von entsprechenden Schwerpunktförderungen soll Hand in Hand mit den Planungsverbänden der Ausbau des Tiroler Radwegenetzes beschleunigt werden.

10. Wiedereinführung des Direktzuges von Lienz nach Innsbruck: Die Osttiroler Bevölkerung nimmt den derzeitigen Zustand nicht länger hin. Wir auch nicht. Eine Reihe von Landtagsinitiativen und zuletzt ein einstimmiger Beschluss des Dreier-Landtages wurden bislang ignoriert. Die neue SPÖ Tirol setzt sich für die Wiedereinführung der bewährten Zugverbindung zwischen dem Bezirk Osttirol und der Landeshauptstadt ein.

11. Konsequente Umsetzung der Fernpass-Strategie: Menschen, die im Bezirk Reutte wohnen, wollen keine zweite Transitroute. Diese würde nur noch mehr Verkehr, Lärm und Luftverschmutzung ins Außerfern bringen. Die konsequente Umsetzung der Fernpass-Strategie eignet sich als Sofortmaßnahme für die Reduktion des Verkehrs. Das Hauptziel der neuen SPÖ Tirol ist insbesondere die Forcierung des Bahntunnelprojekts zwischen dem Ehrwalder Becken und dem Inntal.

12. Zweigleisiger Schienenausbau zwischen Ötztal-Bahnhof und Landeck: Die Notwendigkeit und Machbarkeit eines zweigleisigen Ausbaus der Bahnstrecke im Oberland haben die Verantwortlichen der ÖBB bereits erkannt. Die Wichtigkeit dieses langjährigen Vorhabens muss weiterhin bei den zuständigen Stellen in Wien mit Nachdruck verfolgt werden.

13. Wichtige Maßnahmen im Unterland: Eine bessere Anbindung von Kitzbühel zur S-Bahn ins Inntal sowie weitere Investitionen in die Infrastruktur der Zillertalbahn sind zwei zentrale Verbesserungen, die in den nächsten fünf Jahren umsetzbar sind.

14. NEIN zur Spange Hall-Ost: Der Volksentscheid ist für uns bindend. Die Spange Hall-Ost darf nicht gebaut werden. Vielmehr ist der weitere Ausbau der S-Bahn sowie ein verbessertes Haltestellenangebot (Innsbruck, Hall/Thaur, Untere Lend, Gewerbepark Mils, etc.) konsequent umzusetzen. Gleiches gilt für die Verlängerung der Regionalbahn Völs-Rum nach Hall und Wattens.

15. Unsere privaten Haushalte bei der Energieeffizienz fördern: Die konzentrierte Förderung des Umstiegs auf energieeffiziente Heizungs- und Warmwassersysteme (Wärmepumpen, Fernwärme, Solarthermie) muss in einer entsprechenden Richtlinie verankert werden und die finanziellen Mittel müssen längerfristig eingeplant werden.

16. Konsequente Förderungsstrategie: Es sollen jene alternativen Energien gefördert werden, die die höchste Effizienz, die geringsten Emissionen und das größte Potenzial mit sich bringen.

17. Energieeffizienz anpacken: Die Mittel des Landes und landeseigener Betriebe zur Steigerung der Energieeffizienz sind zu gering, um eine echte Energiewende in Gang zu setzen. Wir wollen wirklich energieeffizient werden, anstatt nur darüber zu sprechen. Dafür braucht es deutlich höhere Investitionen.

18. Maßnahmen zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung: 30 Prozent der weltweit produzierten Lebensmittel landen unangestastet im Müll. Die Einstellung der TirolerInnen gegenüber Maßnahmen zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen ist grundsätzlich sehr positiv. Dennoch könnten wir mehr tun. Deshalb sollte das Land Tirol in Zusammenarbeit mit den Schulen, Tourismusbetrieben, Handelsunternehmen und Sozialpartnern eine groß angelegte Initiative zur Reduktion von vermeidbaren Lebensmittelabfällen starten.

19. Novellierung des Tiroler Naturschutzgesetzes (TNSchG) mit der Zielsetzung: Geringe Bürokratie durch weniger und raschere Verfahren: Das derzeit geltende Naturschutzgesetz ist in vielen Bereichen überschießend („Ausweisung von Tabustrecken“) und wenig praxisorientiert. Die neue SPÖ Tirol sieht den Natur- und Umweltschutz als hohes Gut, dennoch darf keine „Käseglocke-Politik“ zulasten der Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten der Menschen gemacht werden. Daher fordern wir, neben dem rascheren und effizienteren Vollzug der Naturschutzverfahren, mehr Servicegesinnung der Behörden, mehr „Beraten statt Strafen“ sowie die genaue Definition des öffentlichen Interesses und der Schutzinteressen im TNSchG.



Ganz

was

Neues:

Politik

für

alle.

Weil es kein
Tirol der zwei
Geschwindigkeiten
geben darf.



Die Gemeinden und unseren ländlichen Raum stärken

Tirol ist ein Land, das sich aus den Orten heraus definiert. Und doch zeigt sich heute, dass Tradition allein gerade junge Menschen nicht mehr in ihrer Gemeinde hält. Vielmehr braucht es vor Ort attraktive Lebensbedingungen. Um diese zu schaffen und zu sichern, müssen unsere Gemeinden gestärkt werden. Das gelingt uns durch effiziente Umstellungen in unserer Verwaltung, mehr Transparenz und Innovation. Oft müssen wir den Gemeinden aber auch nicht mehr geben, wir brauchen ihnen nur weniger von dem wegzunehmen, was ihnen ohnehin gehört.

So beleben wir unsere Gemeinden und unser Zuhause von Neuem:

1. Planungssicherheit für unsere Gemeinden: Die sogenannten „Bedarfszuweisungen“ dürfen nicht vom Gutdünken des jeweiligen Landesrates oder der jeweiligen Landesrätin abhängen. Es bedarf daher klarer Richtlinien zur Vergabe der Gemeindeausgleichsmittel. Die jährlich rund 100 Million Euro verlangen nach mehr Transparenz.

2. Abschaffung der Landesumlage: Ein Belastungs-Stopp der Gemeinden ist dringend notwendig. Daher muss die schrittweise Senkung bzw. Abschaffung der Landesumlage eingeleitet werden. Tatsächlich fließen die Landesumlagen meist als „allgemeine Deckungsmittel“ in das Budget des Landes ein. Vor dem Hintergrund, dass den Gemeinden immer mehr öffentliche Aufgaben (Kinderbetreuung, schulische Nachmittagsbetreuung, Sozial- und Pflegeausgaben) übertragen werden, wird angeregt, die Landesumlage abzuschaffen. Um den Einnahmeausfall für das Landesbudget abzufedern, soll dies schrittweise erfolgen.

3. Ein klares Bekenntnis zur Dorferneuerung: Wir wollen eine finanziell angemessene Förderung der Dorferneuerung sicherstellen und durch professionell moderierte, partizipative Projekte die örtliche Bevölkerung miteinbeziehen. Die neue SPÖ Tirol setzt sich zum Ziel, dass bis zum Jahr 2023 mindestens ein weiteres Dorferneuerungsprojekt in jeder Gemeinde lanciert wird.

4. Dezentralisierung zur Stärkung der ländlichen Regionen: Die demografische Entwicklung ist von einem starken Wachstum der großen Städte bei gleichzeitiger Bevölkerungsabnahme in peripheren Regionen gekennzeichnet. Es ist an der Zeit, den ländlichen Raum als jenen attraktiven Lebensraum zu erkennen, der er tatsächlich ist und gleichzeitig dessen wirtschaftliche Entwicklung zielgerichtet und

effektiv zu fördern. Jeder einzelne Arbeitsplatz stärkt nicht nur die Standortgemeinde, sondern immer die Region als Ganzes. Eine Behördenverlagerung aus dem Zentralraum in die Peripherie schafft im ländlichen Raum sichere Arbeitsplätze, dient der Wirtschaft als Vorbild und stärkt die Infrastruktur. Wir wollen kein Tirol der zwei Geschwindigkeiten.

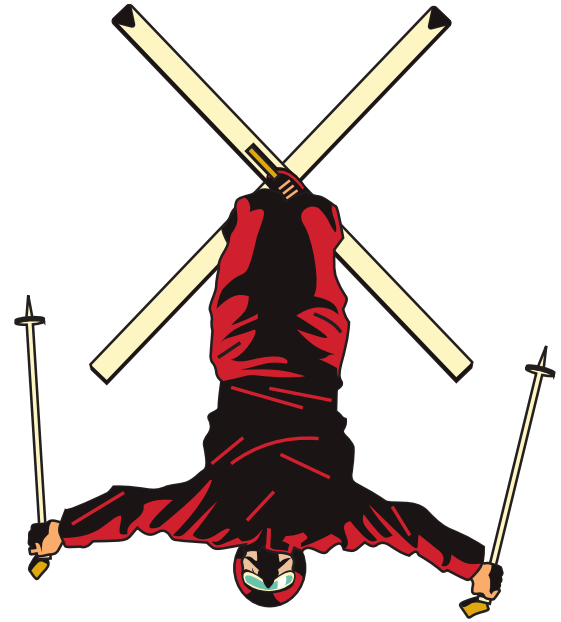
5. Gemeindekooperationen fördern, Planungsverbände stärken: Um die Regionen als attraktiven Arbeits- und Lebensraum weiterentwickeln zu können, braucht es die rechtlichen Rahmenbedingungen, damit Leitprojekte entstehen können. Mit einem Regionalentwicklungsgesetz soll künftig dem politischen Ziel, mehr Arbeitsplätze und mehr Betriebsansiedlungen zu ermöglichen, Rechnung getragen werden, um die einzelnen Regionen Tirols damit nach vorne zu bringen. Die neue SPÖ Tirol bekennt sich zur verstärkten Zusammenarbeit der Gemeinden und zu zweckmäßigen Synergien, die durch gemeinsame Verwaltungseinheiten geschaffen werden können. Gewünschte Gemeindegemeinschaften, initiiert von den jeweiligen GemeinderätInnen, sollen vom Land Tirol professionell begleitet und finanziell belohnt werden.

6. Das Gemeindegut gehört der Gemeinde: Die unendliche Geschichte um die Agrargemeinschaften in Tirol ist die Geschichte eines Raubzuges. Durch Regulierungsverfahren wurden den Tiroler Kommunen insgesamt 4.500 km² Grundstücke und Wälder weggenommen und auf Agrargemeinschaften übertragen – das entspricht einem Drittel der Landesfläche Tirols! Diese Enteignung war verfassungswidrig. Durch Änderungen des Tiroler Flurverfassungsgesetzes und die Einführung eines Substanzverwalters in der Gemeindegutsagrargemeinschaft hat sich die Situation zwar verbessert, dennoch gibt es immer wieder Reibungsverluste. Wir fordern daher nach wie vor die konsequente Rückübertragung des Gemeindegutes an die Gemeinden. Denn jedes Kind weiß: Was einem nicht gehört, gibt man zurück.

7. Last but not least: Mit uns gibt es keine Privatisierung der Grundversorgung mit Strom, Gas, Wasser oder der Müll- und Abwasserentsorgung. Die elementare Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand garantiert leistbare Preise, gerechte Zugänge und Versorgungssicherheit!



Auf die
Plätze,
fertig,
Tirol.



Lebensqualität kann man schaffen.

Sport, Kultur und Tourismus

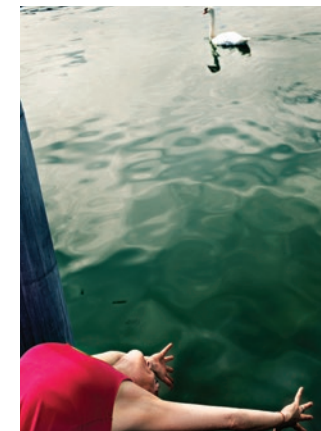
Der Tourismus sichert den Wohlstand in unserem Land, Kultur und Sport bereichern unsere Gesellschaft. Allen drei Themen wollen wir ein modernes Antlitz verleihen. Für uns geht das Hand in Hand: Regelmäßige internationale Sportveranstaltungen im Sommer und Winter etablieren uns in der Welt als Tourismusregion und bringen gleichzeitig positive Impulse für unsere Athletinnen und Athleten mit sich.

Kunst und Kultur setzen sich mit der Gesellschaft auseinander, hinterfragen kritisch, schaffen Schönes und Neues, bringen die Menschen zum Denken und Staunen und irritieren gewohnte Blicke und falsche Konventionen. Unsere Kultureinrichtungen genießen einen hervorragenden Ruf – weit über die Landesgrenzen hinaus.

Ihren hohen Standard gilt es zu sichern und auszubauen. Dazu müssen die Rahmenbedingungen für die ProtagonistInnen, die Kunst- und Kulturschaffenden, verbessert werden – auch hinsichtlich ihrer sozialen Stellung in unserer Gesellschaft.

Wer Freiräume für die Kreativität der Menschen schafft, fördert die Entwicklung und den Erhalt der freien und offenen Gesellschaft. Und eines ist mit uns nicht verhandelbar: Sport, Kunst und Kultur müssen allen Menschen, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Stellung, zugänglich sein.

Pro Woche verbringen unsere 10-14-Jährigen gerade einmal 5 Stunden mit Sport. Pro Tag verbringen sie jedoch über 10 Stunden mit Medienkonsum. Nur 6 Schulen in Tirol bieten eine tägliche Turnstunde an. In Oberösterreich sind es 153 Schulen. Die neue SPÖ Tirol fordert daher die tägliche Turnstunde an allen Tiroler Schulen.

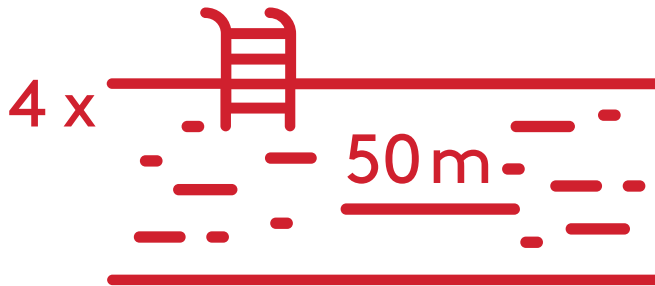




Pro Tag = 10 Std.



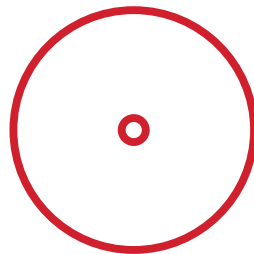
PRO WOCHE verbringen unsere 10-14-Jährigen 5,1 Stunden mit Sport. PRO TAG verbringen sie über 10 Stunden mit Medien (TV, Handy, Computer, etc.).



In Österreich gibt es insgesamt nur vier öffentlich zugängliche 50-Meter-Hallenbecken. Keines davon steht im Westen des Landes.



2 x



Letztes Jahr erschien das zweite Album der aufstrebenden Tiroler Mundart-Rapper „Von Seiten der Gemeinde“. Zuschüsse für die Produktion bekamen sie keine. Grund: Die Musikrichtung passt nicht in den Fördertopf.

Schöner, besser, bunter – Tirol als Sport- UND Kulturland Nummer 1:

1. Mehr Sport-Schwerpunktschulen in Tirol: Ein flächendeckendes Angebot von Neuen Mittelschulen mit einem Sport-Schwerpunkt sollte in allen neun Bezirken verankert werden.

2. Wenn die Großen auf die Kleinen schauen – weil unsere Kinder am „Hausberg“ das Schifahren lernen: Zahlreiche Kleinstschigebiete stecken in finanziellen Nöten. Meist müssen die Gemeinde und das Land die Aufrechterhaltung durch außerordentliche Subventionen ermöglichen. Die neue SPÖ Tirol ist davon überzeugt, dass gerade in diesen Schigebieten unsere Kinder das Schifahren erlernen und damit auch im Erwachsenenalter ein Verständnis für unseren Tourismus als tragende Säule unserer Wirtschaft erhalten. Die erfolgreichen und finanzstarken Schigebiete in unseren Hot-Spots sollten daher diese Kleinstschigebiete in zahlreichen Gemeinden durch eine geringe aber verpflichtende Abgabe unterstützen und somit am Leben erhalten.

3. Mehr öffentlich zugängliche Sport- und Spielplätze schaffen: Gerade in Innsbruck entlang des Inns gibt es zahlreiche Sportanlagen und Plätze, die sich großer Beliebtheit erfreuen. Ein ähnlich tolles Angebot sollte in allen neun Bezirken sukzessive umgesetzt werden.

4. Elf Freunde müssen wir sein: Wir stehen für die Umsetzung der Dachholding „Sport Club Tirol“ – mit einem Tiroler Sportpool – in dem sämtliche Spitzenmannschaften (Fußball, Hockey, Handball, Volleyball, etc.) und -sportlerInnen des Landes vertreten sind. Wenn es uns gelingt, die Kräfte zu bündeln, dann wird am Ende mehr für alle herauskommen.

5. 50-Meter-Schwimmhalle: Innsbruck könnte schon bald ein Hallenbad mit einem 50-Meter-Becken bekommen. Die Stadt, das

Land und der Bund gaben ihre Zustimmung und erklärten sich bereit, einen Teil der Kosten zu übernehmen. Seit Jahren wird der Ball zwischen Stadt, Land und Bund hin und her gespielt. Dabei müssen die Stadt Innsbruck und das Land Tirol geeint an der Realisierung einer 50-Meter-Schwimmhalle arbeiten. Die Umsetzung bedeutet eine Aufwertung sowohl im Breiten- als auch im Spitzensport.

6. Innsbruck als Kulturhauptstadt 2024: Im Jahr 2024 wird Österreich eine der beiden Kulturhauptstädte Europas stellen – nach Linz im Jahr 2009 und Graz im Jahr 2003 bereits zum dritten Mal. Bis Ende 2018 müssen die jeweiligen Bewerbungskonzepte vorliegen. Im Februar 2019 wird schließlich die Shortlist der EU-Jury präsentiert. Die in die engere Auswahl gekommenen Städte müssen dann ihre Vorhaben konkretisieren, bevor die Jury im Dezember 2019 ihre Entscheidung fällt. Die neue SPÖ Tirol unterstützt daher eine Bewerbung der Landeshauptstadt Innsbruck zur Kulturhauptstadt 2024.

7. Heute gehen wir ins Museum: Was international erfolgreich ist, soll endlich auch bei uns als „Museums Sonntag“ eingeführt werden. Wir wollen den Zugang zu den Tiroler Museen mit einem Tag Freieintritt pro Woche verbessern. Auch ein freier Zugang für unsere Schulklassen zu Museen sollte künftig ermöglicht werden.

8. Unserer Kunstszene eine richtige Chance geben: Kunst erfasst viele verschiedene Facetten und Genres. Die Rapband im Oberland hat dabei ebenso Anerkennung verdient wie die Blasmusikkapelle im Unterinntal oder die Malerin in Innsbruck. Tirol ist vielfältig in seiner Kunst und diese Vielfalt gehört entsprechend wertgeschätzt und unterstützt. Die neue SPÖ Tirol setzt sich daher für eine Valorisierung der Förderungen in allen Kunstbereichen und für eine Aufstockung des Kulturbudgets ein, um den vielen Tiroler Kultureinrichtungen und -initiativen eine bessere Zukunftsplanung zu ermöglichen und der schleichenden Prekarisierung in diesem Bereich entgegenzuwirken.





Tiroler schützen,



die Tirol schützen.



Katastrophen vorbeugen: Off- und Online! Sicherheit

Ein gutes Leben kann nur haben, wer sich sicher fühlt. Tirol ist glücklicherweise ein sicheres Land. Dazu trägt nicht nur unsere Polizei tagtäglich bei: Unzählige Tirolerinnen und Tiroler engagieren sich bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Rettungsdienst, im Katastropheneinsatz oder in der Jugend- und Präventionsarbeit. Wir wollen ihnen dabei unter die Arme greifen.

Denn die Herausforderungen werden vielschichtiger: Naturkatastrophen haben in den letzten Jahren immer größere Schäden angerichtet, ihre Wiederkehr hat sich beschleunigt. Unsere Berge erfreuen sich einer stetig wachsenden Zahl an BesucherInnen, aber die Budgets der Bergrettung bleiben klamm. Und in Sachen Cyberkriminalität müssen unsere GesetzeshüterInnen schon heute mit der Infrastruktur von morgen ausgestattet werden.





Sicher leben in Stadt und Land:

1. Freiwilligen Helferinnen und Helfern die Anerkennung zuteilwerden lassen, die ihnen gebührt: Unzählige Tirolerinnen und Tiroler engagieren sich etwa bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Rettungsdienst oder in der Jugendarbeit. Sie sind das Herz unserer Gesellschaft. Ohne sie wären viele Dienstleistungen, von denen alle profitieren, gar nicht möglich. Ihre Arbeit zu bezahlen, könnten sich das Land Tirol und unsere Gemeinden gar nicht leisten. Oft setzen sie sogar ihre Gesundheit aufs Spiel, um anderen zu helfen. Wir finden: Die freiwilligen HelferInnen müssen dafür mehr Anerkennung bekommen. ArbeitnehmerInnen, die sich in sogenannten Blaulichtorganisationen (Feuerwehr, Rettungsdienst) engagieren, sollten einen „Freistellungsanspruch von drei Tagen im Jahr bei Entgeltfortzahlung“ erhalten – also drei mögliche zusätzliche Urlaubstage. Das Geld dafür sollen die Unternehmen über den Katastrophenfonds zurückerhalten.

2. Versicherungsschutz gegen Naturkatastrophen: Wetterkapriolen und Elementarereignisse verursachten in den letzten Jahren enorme Schäden, die meist nicht von Versicherungen abgedeckt werden. Dann muss der Katastrophenfonds einspringen. Deshalb sprechen sich die heimischen Versicherungsunternehmen bereits seit vielen Jahren dafür aus, mittels einer Pool-Lösung einen besseren Versicherungsschutz gegen Naturkatastrophen zu schaffen. Die neue SPÖ Tirol spricht sich daher für die Schaffung einer großen Solidaritätsgemeinschaft aus, sodass auch die Prämien leistbarer und Steuermittel langfristig gespart werden.

3. Beste Ausstattung für unsere freiwilligen Feuerwehren: Immer wieder stehen die Ausgaben und die kleinstrukturierten Feuerwehren mit ihren Gerätschaften medial in der Kritik. Doch die neue SPÖ Tirol bekennt sich ausdrücklich zum überaus erfolgreichen und weit über die Grenzen des Landes hinaus anerkannten Feuerwehrwesen und stellt daher die bisherigen budgetären Mittel für unsere Feuerwehrfrauen und -männer nicht in Frage.

4. Mehr finanzielle Unterstützung für unsere Tiroler Bergrettung: 24 Stunden. 365 Tage. Mehr als 4.200 BergretterInnen. Jährlich etwa 2.000 Einsätze. Insgesamt sind 92 Ortsstellen und mehr als 60 Suchhunde zur Stelle. Es benötigt daher das notwendige Bekenntnis, den Respekt und die Anerkennung für diese unglaubliche Leistung. Die budgetären Nöte der Tiroler Bergrettung sind hinlänglich bekannt. Daher fordern wir eine deutliche Budgetmittelerhöhung in diesem Bereich.

5. Klares Bekenntnis zu notwendigen Schutzbauten der Wildbach- und Lawinenverbauung: Hochwasser, Muren, Rutschungen, Steinschläge und Lawinen stellen ein hohes Sicherheitsrisiko für unsere Bevölkerung, ihren Lebens-, Siedlungs- und Wirtschaftsraum dar. Seit vielen Jahrzehnten leistet die Wildbach- und Lawinenverbauung durch die Errichtung und Erhaltung unzähliger Schutzmaßnahmen hervorragende Arbeit. Die Finanzierung der jeweiligen Projekte übernehmen in der Regel Bund und Land. Daher muss das Land Tirol die notwendigen finanziellen Ressourcen weiterhin garantieren, um die besonders gefährdeten Siedlungsräume auch langfristig abzusichern.

Rund 2.000 Tiroler PolizistInnen leisten pro Jahr 408.000 Überstunden. Auf einen Polizisten / eine Polizistin fallen rund 200 Überstunden. Diese Lücken im Personal müssen endlich geschlossen werden. Die Polizei darf nicht weiter ausgehungert werden.

6. Kriminalität von Flüchtlingen ist kein Tabuthema: Erfolgreiche Integration bedeutet auch Respekt vor Recht und Gesetz zu halten. Das erwartet die neue SPÖ Tirol von Menschen mit Migrationshintergrund, genauso wie von allen anderen. Es ist falsch, über Probleme hinwegzusehen – genauso wie es Gift für das gesellschaftliche Klima ist, ganze Bevölkerungsgruppen pauschal zu verdächtigen. Die neue SPÖ Tirol wird deshalb gegen Kriminalität im Flüchtlingsbereich genauso entschlossen vorgehen wie gegen jede andere.

7. Tirol braucht mehr Polizei: 408.000 Überstunden leisten die rund 2.000 Tiroler PolizistInnen im Jahr. Diese Situation wollen wir nicht länger hinnehmen. Unsere Polizei leistet hervorragende Arbeit. Das Innenministerium muss aber endlich für die notwendige Unterstützung sorgen und den Personalbedarf schnellstmöglich decken, anstatt die Polizei auszuhungern. Schließlich werden die Herausforderungen in den nächsten Jahren nicht weniger. Der Polizeiberuf muss attraktiver gestaltet werden. Dazu gehören unter anderem eine Ausstattung mit erstklassigem Equipment (Stichwort Cyberkriminalität), eine Entbürokratisierung in der Durchführung der Aufgaben, eine echte Ausbildungsoffensive und eine entsprechende Entlohnung, insbesondere auch während der Ausbildungszeit. Dafür steht die neue SPÖ Tirol.





Bio-Land Tirol?
Ja, bitte.



Freie Bauern, gesunde Nahrung.



Land- und Forstwirtschaft

Im Zentrum einer sozialdemokratischen Politik für die Land- und Forstwirtschaft steht ein fairer, sozialer und nachhaltiger Umgang mit Mensch und Natur. Die aktuelle Situation in diesem Bereich bringt eine Reihe von Gefahren, aber auch Chancen für die Entwicklung im Land Tirol mit sich.

Spätestens seit dem Weltagrarbericht 2009 ist jedenfalls klar und auch wissenschaftlich belegt, dass eine industrialisierte Landwirtschaft mit intensivem Einsatz von Insektiziden, Pestiziden, chemischen Düngemitteln u.v.a. keine Option mehr für die Zukunft darstellt. Daraus resultiert für die neue SPÖ Tirol, dass sich das Land Tirol mit seiner einzigartigen Kultur- und Naturlandschaft ganz einer sozial und ökologisch nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft widmen soll. Die Zeit zum Handeln ist gekommen.

Unser Ziel ist es, Tirol bis 2025 zu einem Land zu machen, in dem es keinen Einsatz von chemischen Substanzen zur Insek-

tenbekämpfung, zur Unkrautvernichtung oder zur Düngung mehr gibt, in dem keine bedenklichen Futtermittel (z.B. gentechnisch verändertes Soja aus dem Amazonasgebiet) zum Einsatz kommen und in dem die Verwendung von Antibiotika in der Tierhaltung streng reglementiert ist – kurz gesagt, ein Bio-Land Tirol.

Zum einen wollen wir unsere Artenvielfalt, unsere Kulturlandschaft und unsere hochwertigen Lebensmittel, für die Tirol heute – noch – steht, für uns, unsere Kinder und nicht zuletzt auch für unsere Gäste erhalten. Zum anderen wollen wir ein Alleinstellungsmerkmal schaffen, aus dem sich langfristig gesicherte und höhere Einkommen für die kleinstrukturierte Landwirtschaft und Vorteile für den Wirtschaftsstandort Tirol (z.B. Tourismus) ergeben.

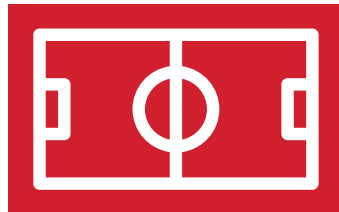
Pro Tag werden in Tirol 1,4 Hektar Boden versiegelt. Das entspricht einer Fläche von zwei Fußballfeldern! Der Boden ist die Basis der Landwirtschaft – 95 Prozent unserer Lebensmittel kommen letztlich aus dem Boden. Die neue SPÖ Tirol fordert daher einen überlegten und weitsichtigen Umgang mit der Bodenversiegelung.



Alles für einen fairen, sozialen und nachhaltigen Umgang mit Mensch und Natur:



1,4 ha = 2 Fußballfelder



Pro Tag werden in Tirol 1,4 Hektar Boden versiegelt. Das entspricht einer Fläche von zwei Fußballfeldern!

gung qualitativ hochwertiger Tourismusbetriebe mit regionalen, nachhaltig produzierten Lebensmitteln, besteht ein großer Aufholbedarf. Finanzielle Unterstützungen soll es geben, wenn sie der Qualitätssteigerung und der Kulturlandschaftspflege dienen.

3. Fair Trade: Landwirtschaftliche Produkte, die nicht in Tirol hergestellt werden können (Kaffee, Kakao etc.) und importiert werden müssen, sollen den gleichen Kriterien unterliegen: Die neue SPÖ Tirol tritt für faire Arbeitsbedingungen der Bäuerinnen und Bauern, den Einsatz gegen Kinderarbeit und einen sorgsamen Umgang mit der Natur in allen Ländern ein.

4. 1,4 Hektar versiegelter Boden pro Tag sind zu viel: Der Boden ist die Basis der Landwirtschaft – 95 Prozent unserer Lebensmittel kommen letztlich aus dem Boden. Wir fordern daher einen überlegten und weitsichtigen Umgang mit der Bodenversiegelung.

5. Die günstigste und wichtigste Lawinverbauung – ein gesunder Wald: Aufgrund ihrer topographischen Situation ist die Forstwirtschaft in Tirol häufig nicht kostendeckend zu betreiben. Gleichzeitig spielen die Schutzwälder jedoch eine sehr wichtige Rolle für die Sicherheit der Siedlungen und des Verkehrsnetzes. Die neue SPÖ Tirol tritt daher dafür ein, die Forstwirtschaft finanziell bei der Pflege der Schutzwälder zu unterstützen. Zudem müssen Waldverbesserungen zum Schutz vor Naturgefahren erhöht werden.

6. Weil Gerechtigkeit zählt: Pensionen, Stipendien, Förderungen und Kreditkonditionen sind auf ihre Gerechtigkeit hin zu prüfen: Bäuerinnen und Bauern sowie deren Kinder dürfen in diesen Bereichen gegenüber anderen (unterschiedlich großen) Landwirtschaften, aber auch gegenüber ArbeiterInnen, Angestellten oder UnternehmerInnen weder benachteiligt noch bevorzugt werden. Wo Ungerechtigkeiten im Kompetenzbereich des Landes liegen, soll Gerechtigkeit hergestellt werden.

7. Bekenntnis zur kleinstrukturierten Landwirtschaft: Nicht die Betriebsgröße, sondern der Arbeitseinsatz soll bei Agrarförderungen zählen. So werden insbesondere die vielen kleinen Landwirtschaftsbetriebe unterstützt.

1. Regionalität leben: Bäuerinnen und Bauern sollen von ihren Produkten leben können.

Die Gemeinden und das Land Tirol sollen die Beschaffungspolitik von Lebensmitteln für alle öffentlichen Einrichtungen wie Küchen in Schulen und Internaten, Alten- und Pflegeheimen, Krankenhäusern usw. vollkommen und langfristig auf ökologisch, regional und sozial nachhaltig hergestellte Produkte umstellen.

2. Förderungswesen neu denken: Förderungen, die das Land Tirol gewährt, sollen ausschließlich auf eine nachhaltige Produktion abzielen und vor allem die kleinbäuerlichen Betriebe unterstützen. Wichtig sind hier: Die Unterstützung in Form von rechtlicher, unternehmerischer und marketingtechnischer Beratung und Fortbildungen. Unterstützung bei der Kooperation mit Tourismusbetrieben. Gerade in diesem Bereich, also bei der Versor-



Politik?

Darf man
ändern.



Impressum:
Medieninhaber

Landesorganisation
der Sozialdemokratischen
Partei Tirol
A 6020 Innsbruck
Salurner Straße 2
Telefon: +43 (512) 5366
e-Mail: office@spoe-tirol.at

Freu dich Tirol :)

Die neue SPÖ Tirol ist da!





Freu dich Tirol :)

Die neue SPÖ Tirol ist da!